

Pressemeldung

Feuerfest-Industrie fordert einen fairen Strompreis und zügigen Ausbau der Infrastruktur für die Versorgung mit Wasserstoff

Gemeinsam mit dem Bündnis faire Energiewende wird ein 7-Punkte-Sofortprogramm vorgeschlagen.

Höhr Grenzhausen, 6. Juni 2024

Die energieintensive Feuerfest-Industrie ist im Mittelstandsbündnis mit den gestiegenen Stromkosten weiterhin allein gelassen, obwohl immer mehr energieintensive Produktion aus Deutschland abwandert.

„Die großen Konzerne werden von der Bundesregierung noch beachtet, nur der Mittelstand bleibt auf der Strecke“, erläutert DFFI-Geschäftsführer Thomas Kaczmarek. Um den Interessen seines Verbandes bei den politischen Entscheidungsträger mehr Gehör zu verschaffen, hat sich der DFFI dem Bündnis faire Energiewende (BfE) angeschlossen

„Die Stromkosten betragen ein Vielfaches dessen, was Mitbewerber in Europa und darüber hinaus zahlen. Das führt schon jetzt zu Abwanderungen. Damit ist niemandem geholfen“, warnt der Verbandschef, „weder den volkswirtschaftlichen Steuereinnahmen, Arbeitsplätzen und Wohlstand vor Ort und der Umwelt gleich gar nicht.“

Der Produktionsstandort Deutschland stehe somit sinnbildlich für die demokratische, ökonomische und soziale Erfolgsgeschichte. Er ist durch einen rapide zunehmenden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit massiv gefährdet. Im internationalen Vergleich deutlich zu hohe Energiekosten und eine überbordende Bürokratie führen Insolvenzen und in jüngster Zeit zu Produktionsverlagerungen deutscher Unternehmen ins Ausland.

Ein Prozess der Deindustrialisierung drohe nicht mehr, er habe bereits begonnen. Um die Wettbewerbsfähigkeit im Mittelstand wiederherzustellen, ist schnelles und entschlossenes politisches Handeln erforderlich.

Im Bündnis BfE wurde ein **7-Punkte-Katalog** erarbeitet, der sich mit einem Sofortprogramm an die Bundesregierung wendet:

1. Die Energiepolitik in Deutschland muss den Anspruch und das Ziel haben und alles dafür tun, den Unternehmen im Transformationsprozess Strom zu international wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Hohe Stromkosten in Deutschland sind kein Schicksal, sondern die Folge falscher Energiepolitik.
2. Alle Ansätze, die Stromkosten zu deckeln oder den Aufwand für den Netzausbau zeitlich zu strecken, müssen sich an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen messen lassen.

3. Die Netzkosten werden durch den notwendigen Aus- und Umbau der Energienetze in den nächsten Jahren massiv ansteigen. Dieser Ausbau der Leitungsinfrastruktur muss kosteneffizienter erfolgen, z.B. durch den weitestgehenden Wechsel von Erdverkabelung zurück zum Bau von Freileitungen.
4. Netzentgelte dürfen Unternehmen und Verbraucher nicht überfordern, so dass die Finanzierung der Netzkosten zeitlich über einen langen Zeitraum gestreckt oder auch mindestens teilweise durch Haushaltsmittel finanziert werden müssen, wie es z. B. beim Straßen- und Schienennetz auch geschieht.
5. Förderprogramme zur Reduzierung fossiler Energieträger, wie etwa Klimaschutzverträge, müssen für den Mittelstand in der Praxis nutzbar sein und mit einfachen Verfahren beantragt werden können. Weg mit der überbordenden Bürokratie.
6. Politik muss bereit sein, die Zusatzkosten durch das Instrument der CO₂-Bepreisung kritisch zu hinterfragen, gerade im Hinblick auf mittelständische Unternehmen und mit Rücksicht auf das fehlende internationale Level-Playing-Field im Klimaschutz. Ein wirksamer und praktikabler Carbon-Leakage-Schutz ist für die Unternehmen deshalb essenziell.
7. Politik muss einen nachvollziehbaren, verlässlichen und finanziell langfristig abgesicherten Rahmen für den Umstieg in klimaneutrale Formen der Energieerzeugung und der Produktion schaffen, der den Standort und die Beteiligten nicht überfordert.

Die mittelständische Industrie ist als tragende Säule der Volkswirtschaft in der Lage, diesen Transformationsprozess mit erneuerbaren Energieträgern erfolgreich zu entwickeln. Dafür müsse allerdings z.B. Wasserstoff als Prozessgas in umfangreichem Maße an den Produktionsstandorten bereitgestellt werden.

Die Feuerfest-Industrie arbeitet im Bündnis Faire Energiewende. In dieser Initiative sind branchenübergreifend mehr als 10 000 deutsche Unternehmen mit ca. einer Million Beschäftigten und etwa 200 Milliarden Euro Jahresumsatz vertreten. Warum die mittelständische Industrie faire Energiepreise braucht, erfahren Sie hier:

<https://www.faire-energiewende.de/>